

V-2 Alle Dörfer bleiben – weltweit! Für eine Klimapolitik der Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Kathrin Henneberger (KV Heinsberg)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes
Status: Zurückgezogen

Antragstext

1 Jeden Tag müssen die Menschen, die am Tagebau wohnen, erleben, wie ihnen ihr
2 Zuhause genommen wird. Mit Kettensägen werden Alleen und Wälder gefällt, mit
3 Baggern Kirchen und Häuser niedergedrückt. Straßen werden zerstört, die die
4 Dörfer seit Generationen vernetzen. Jeden Tag hören die Anwohnenden das laute
5 Knirschen und Dröhnen der großen Kohlebagger, die ohne innezuhalten auf ihre
6 Dörfer zusteuern. Im letzten Sommer wurde die Landstraße L277 zerstört und im
7 Herbst sowie erst vor wenigen Wochen ein Teil des Dorfes Lützerath. Eines konnte
8 der Kohlekonzern RWE aber noch nicht zerstören: Den Mut der hier lebenden
9 Menschen, die sich jeden Tag dafür engagieren, dass Dörfer, Wälder und Felder
10 bleiben. Den Menschen hier geht es dabei nicht nur um ihr Zuhause: Unter den
11 Dörfern am Tagebau Garzweiler alleine sind noch 600 Millionen Tonnen Braunkohle,
12 die nach dem Willen von RWE verfeuert werden sollen. Wollen wir die Klimakrise
13 aufhalten und unseren internationalen Verpflichtungen gegenüber dem
14 Übereinkommen von Paris (Paris Agreement) nachkommen, muss der Kohleausstieg
15 schneller umgesetzt werden als derzeit von der Bundesregierung geplant.

16 Lokal Verantwortung übernehmen angesichts der Klimakrise

17 Das rheinische Braunkohlerevier mit all seinen Tagebauen und Kohlekraftwerken
18 ist immer noch einer der zentralen Orte, die über unser aller Zukunft
19 entscheiden. Jeden Tag übernehmen Menschen, die an den Tagebauen für die
20 Stilllegung dieser streiten, da Verantwortung, wo die Politik derzeit versagt:
21 Sie übernehmen Verantwortung für eine lebenswerte Zukunft und stehen in
22 Solidarität mit den Menschen, die bereits jetzt aufgrund der Klimakrise in
23 anderen Regionen der Welt ihre Existenz verlieren.

24 Dem entgegen steht eine Landesregierung unter Armin Laschet und eine
25 Bundesregierung mit Wirtschaftsminister Altmaier, die nur den kurzfristigen
26 Profitinteressen fossiler Konzerne dienen und nicht dem Wohlergehen der
27 Menschen. Das Bundeswirtschaftsministerium verheimlichte ein Gutachten, das
28 belegt, dass die Dörfer am Tagebau Garzweiler nicht mehr für den Kohleabbau
29 zerstört werden müssen. Das Parlament und die Bevölkerung wurden mit dem
30 Zurückhalten dieses Gutachtens getäuscht. Der Bundestag hat bei der Abstimmung
31 über das sogenannte Kohlegesetz auf Grundlage falscher und unvollständiger
32 Informationen weitreichende Entscheidungen getroffen. Als B90/ Die Grünen NRW
33 kritisieren wir dies als zutiefst undemokratisch.

34 Es ist schon längst klar, dass die Braunkohle unter den Dörfern nicht für die
35 Energieversorgung benötigt wird. Die Grünen NRW stehen solidarisch an der Seite
36 der Menschen in den Dörfern am Tagebau Garzweiler 2. Neben einem Moratorium für
37 Umsiedlungsvorbereitungen fordern wir die Landesregierung dazu auf, die

38 Leitentscheidung schnellstmöglich an die energiepolitische Realität anzupassen
39 und die bedrohten Dörfer rechtssicher zu erhalten. Statt weiter Fakten zu
40 schaffen, braucht es Zeit für politische Verhandlungen und ausstehende
41 Gerichtsprozesse sowie einen schnellen, nachhaltigen und sozial gerechten
42 Strukturwandel, der den Menschen in der Region eine sichere Perspektive gibt.

43 **Global einstehen für eine lebenswerte Zukunft & europäische Klimapolitik**
44 **umsetzen**

45 Politische Entscheidungen von Regierungen und Parlamenten müssen sich endlich am
46 Übereinkommen von Paris (Paris Agreement) und dem Ziel, die globale Erhitzung
47 der Erdatmosphäre auf 1,5 Grad zu beschränken, ausrichten.

48 Die energiewirtschaftlichen und -politischen Rahmenbedingungen haben sich seit
49 Beschluss der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (KWSB)
50 grundlegend geändert. Ein Weiter so ist deshalb undenkbar: Für die Betroffenen
51 in den Dörfern und für das Allgemeinwohl. Spätestens mit dem neuen EU-
52 Klimagesetz und dem neuen EU-Klimaziel für 2030 ist der Kohleausstieg 2038 nicht
53 mehr haltbar. Das bedeutet für das Land NRW den Kohleausstieg auf spätestens
54 2030 vorzuziehen. Wenn die Landesregierung am veralteten Ausstiegspfad festhält,
55 riskiert sie nicht nur den sozialen Frieden, sondern stellt sich damit auch
56 gegen das Übereinkommen von Paris und der Klimapolitik der Europäische Union.
57 Wir brauchen ein deutliches Vorziehen des Kohleausstiegs in NRW, um
58 Planungssicherheit für die betroffenen Regionen zu gewährleisten und
59 Strukturwandelmaßnahmen frühzeitig umzusetzen.

60 Als B90/ Die Grünen NRW stehen wir ein für eine klimagerechte Politik, die sich
61 nach dem Wohlergehen der Bevölkerung richtet. Für eine ökologisch und sozial
62 gerechte Transformation unserer Wirtschafts- und Lebensweise, die niemanden
63 zurücklässt und eine Zukunft für unsere Kinder ohne Klimakatastrophe ermöglicht.

64 (Dieser Antrag wurde gemeinsam geschrieben von Menschen, die in der vom Tagebau
65 Garzweiler betroffenen Region leben.)

Unterstützer*innen

Petra Schenke (KV Rhein-Kreis-Neuss); Dignanlley Meurer (OV Erkelenz/KV Heinsberg); Katharina Voller (KV Rhein-Kreis-Neuss); Christina Schliesky (KV Mönchengladbach); Stefan Krischer (KV Aachen); Simon Rock (KV Rhein-Kreis-Neuss); Hans-Josef Dederichs (KV Heinsberg); Ulrich Laubach (KV Mönchengladbach); Thomas Schmieder (KV Mönchengladbach); Marion Manske (KV Mönchengladbach); Markus Sami Rizkalla (KV Rhein-Kreis-Neuss); Anita Hoffmann (KV Mönchengladbach); Reinhold Giesen (KV Mönchengladbach); Fabian Sneider (KV Mönchengladbach); Heinz-J. Kremers (KV Mönchengladbach); Jürgen Mülders (KV Mönchengladbach); Ralf Lexen (KV Mönchengladbach); Micaela Popov (KV Mönchengladbach); Lutz Schippers (KV Mönchengladbach); Thomas R. Diehl (KV Mönchengladbach); Bernd Meisterling-Riecks (KV Mönchengladbach); J Christoph Stolzenberger (I); Petra Kanters (Grüne Erkelenz); Tim Lösbrock (KV Mönchengladbach); Jürgen Kusener (KV Mönchengladbach); Angela Stein-Ulrich (KV Rhein-Kreis-Neuss); Tobias Edward Freitag (KV Rhein-Kreis-Neuss); Morice-Constantin Ippers (KV Rhein-Kreis-Neuss); Gunnar Dykstra (KV Rhein-Kreis-Neuss); Michael Küpper (KV Rhein-Kreis-Neuss); Marianne Michael-Fränzel (KV Rhein-Kreis-Neuss); Erhard Demmer (KV Rhein-Kreis-Neuss); Hans Christian Markert (KV Rhein-Kreis-Neuss); Peter Gehrman (KV Rhein-Kreis-Neuss); Norbert Wrobel (OV Rommerskirchen / RKN); Frederik Paul Antary (KV Bochum); Christa Neef-Niedermeier (Grüne Grevenbroich); Manoj Jansen (KV Heinsberg); Sybille Horras-Schmitz (KV Heinsberg); Inga Heinrichs (KV Heinsberg); Angela Gunkel (KV Mönchengladbach); Birgit Wollbold (KV Rhein-Kreis-Neuss); Peter Kaul (KV Heinsberg); Anita Parker (KV Mönchengladbach);

Die Dieter Rink (R); Rudolf Flieger (KV Mönchengladbach); Diana Gröschel (KV Mönchengladbach); Brigitte Giesen (KV Mönchengladbach); Ulla Schmitz (KV Mönchengladbach); Laura Steeger (KV Mönchengladbach); Dr. Stephan Fegers (KV Mönchengladbach); Nikolas Uerlings (KV Rhein-Kreis-Neuss); Christian Gaumitz (KV Rhein-Kreis-Neuss); Kerstin Wilke (KV Rhein-Kreis-Neuss); Hernández López (KV Rhein-Kreis-Neuss); Claudia Bacmeister (KV Rhein-Berg); Martin Wirtz (KV Mönchengladbach); Katrin Lögering (KV Dortmund); Manuel Carrasco Molina (KV Düren); Sebastian Schäfer (KV Oberberg); Philippe Bergmann (Kvoberberg)